

Energiewende wichtiger als Arbeitsplätze

Fatalismus

NAEB 1913, 23. Juni 2019

Eine angebliche Klimarettung durch eine Energiewende ist für die deutsche Bundesregierung, für fast alle Parteien, für die Bundesländer und Kommunen wichtiger als Arbeitsplätze. Über Kosten und Grenzen wird nicht diskutiert. Ohne zuverlässigen und preiswerten Strom können jedoch keine Arbeitsplätze erhalten werden. Neue Arbeitsplätze entstehen zunehmend im preisgünstigen Ausland.

Lange Zeit war es den deutschen Regierungen und der Wirtschaft klar, dass für eine florierende Industrie eine preiswerte und sichere Energieversorgung gebraucht wird. Strom spielt die herausragende Rolle, weil Energie durch dünne Kabel zu Verbrauchern geleitet wird, die Strom in Wärme, mechanische Energie, Strahlung oder elektromagnetische Wellen umgewandelt.

Eine Haushaltssteckdose liefert eine Leistung von 2,3 Kilowatt (kW). Das entspricht der Muskelarbeit von 23 Menschen. In Deutschland werden pro Jahr und Einwohner rund 50.000 Kilowattstunden (kWh) Primär-Energie genutzt, was der Arbeitskraft von rund 150 Menschen entspricht, auf die jeder Zugriff hat. Dies ist der Schlüssel zum gegenwärtigen Wohlstand.

Jeder Arbeitsplatz braucht Energie

Eine höhere Produktivität kann nur erreicht werden, wenn leistungsfähigere Maschinen eingesetzt werden, die mehr Strom brauchen. Gleichzeitig werden effektivere Fertigungsverfahren entwickelt, um Energie einzusparen. Die letzten Jahrzehnte haben jedoch gezeigt, dass der Strombedarf trotzdem steigt. Er kann durch eine höhere Effektivität nicht aufgefangen und nicht reduziert werden.

Jeder Arbeitsplatz muss ausreichend mit Strom versorgt werden. Der Strombedarf nimmt mit fortschreitender Automatisierung und Digitalisierung zu. Die Arbeitnehmer nutzen mehr Maschinen und Geräte, was eine bessere Ausbildung und eine hohe Verlässlichkeit verlangt. Wer nicht Lesen und Schreiben kann und die Rechengrundlagen nicht beherrscht, ist an immer mehr Arbeitsplätzen nicht mehr einsetzbar.

Wirkung von CO₂ ist ein Axiom

Diese Anforderungen an Arbeitsplätze sollten Regierungen, Parteien und Gewerkschaften bekannt sein. Dennoch befürworten alle außer der AfD die Stilllegung der Kernkraftwerke und den Ausstieg aus der Kohleverstromung. Auch soll der Energiebedarf verringert werden und vorwiegend aus Ökostrom gedeckt werden. Notwendig seien diese Forderungen, um das Pariser Klimaabkommen zu erfüllen, welches eine wesentliche Reduktion der Kohlenstoffdioxid (CO₂)-Emissionen verlangt. Dabei wird der Einfluss von CO₂ nicht mehr hinterfragt. Die angebliche Erderwärmung durch CO₂ hat durch ständige Wiederholung weltweit den Status eines Axioms erreicht, also eines Grundsatzes, der nicht bewiesen werden muss.

Stromversorgung nicht berechenbar

Wer investiert bei einer solchen Politik noch in eine leistungsfähigere Maschine, die mehr Strom verbraucht, der immer teurer wird, und deren digitale Steuerung bei Stromausfällen dejustiert werden kann? Stromausfälle werden mit der Aufgabe der Kern- und Kohlekraftwerke deutlich zunehmen. Die Energiewende verhindert Investitionen in produktivere Anlagen, weil weder die Kosten noch die Verlässlichkeit der Stromversorgung in Deutschland berechenbar sind.

Eine "Bepreisung" der CO₂-Emissionen, die von Klimaschützern gefordert wird, führt zu einem weiteren nicht kalkulierbaren Anstieg des Strompreises. Neuinvestitionen werden vorzugsweise in Ländern mit einer preisgünstigen und verlässlichen Energieversorgung vorgenommen. Arbeitsplätze in Deutschland gehen verloren.

Als herausragendes Beispiel mag die Aluminiumproduktion dienen. Zur Herstellung von einem Kilogramm Aluminium werden 16 Kilowattstunden Strom und 670 Gramm Kohlenstoff benötigt. Der Weltmarktpreis liegt bei 2 Euro. Mit den deutschen Strompreisen ist die Herstellung von Aluminium ein Minusgeschäft. Aluminium-Hersteller müssen abwandern.

Kein Plan für Energie neuer Arbeitsplätze

Nach den Vorschlägen der Kohlekommission sollen alle Kohlekraftwerke bis zum Jahr 2038 stillgelegt werden. Für die freigesetzten Beschäftigten in den Kraftwerken und Tagebauen sollen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Neue Arbeitsplätze benötigen Energie, die gleichzeitig eingespart werden soll. Woher soll diese Energie stammen?

Hierauf gibt es von der Regierung und den Parteien, die den Kohleausstieg befürworten, keine Antwort. Allein mit Steuergeldern und Infrastrukturmaßnahmen ist es nicht getan. Wenn es tatsächlich zu den geplanten Schließungen kommt, müssen sich viele Mitarbeiter in den Kraftwerken und Tagebauen auf Frühverrentung und Einkommensverluste einstellen. Damit sinkt die Kaufkraft, die mit dem Verlust weiterer Arbeitsplätze verbunden ist.

Niedergang von Parteien und Gewerkschaften durch Energiewende

Immer mehr Arbeitnehmer merken, dass Parteien und Gewerkschaften mit der Energiewende Arbeitsplätze gefährden oder bereits abgebaut haben. Das ist der Hauptgrund für den Niedergang der sogenannten Volksparteien CDU und SPD und für Mitgliederchwund der Gewerkschaften. Bündnis 90/Die Grünen profitieren derzeit vom Wohlstand der Mittelschicht. Das dürfte jedoch eine Seifenblase sein, die mit dem ersten größeren Stromausfall durch die Energiewende zerplatzt.

Parteien und Gewerkschaften sollten ihre Politik überdenken. Es gibt seit Jahren viel zu viele Ökostromanlagen. Bei geringer Nachfrage, wie zu Ostern 2019, muss Strom unter den Gestehungskosten verkauft werden. Erst wenn keine Abnehmer für die Dumpingpreise da sind, wird abgeschaltet. Die Kosten dafür betragen 17 Millionen Euro. Solche Überschüsse treten im Mittel zweimal monatlich auf. Die Kosten summieren sich auf über 100 Millionen Euro jährlich.

Es wird Zeit für die Parteien, die Energiewende infragezustellen, statt hinter grünen Utopien herzulaufen. Sinnlose Parteiprogramme zu Energiewende und Klimaschutz sind entbehrlich. Im Vordergrund sollten Pläne stehen, wie eine sichere und preiswerte Energieversorgung unter geringstmöglicher Belastung der Umwelt erreicht werden kann. Es existiert keine Energiewende! Die aktuellen Aussagen sind eine Katastrophe für Wirtschaft und Umwelt!

Es wird dringend Zeit für die Gewerkschaften, Arbeitsplätze wieder in den Vordergrund ihrer Politik zu stellen, statt hinter dem Klimaschutz unter Aufgabe von Arbeitsplätzen herzulaufen, wenn sie ihre Mitglieder halten wollen. Mit der Energiewende sind nur hochsubventionierte Arbeitsplätze entstanden. Zur Erzeugung von Ökostrom werden fünfmal mehr Arbeitskräfte benötigt als für Braunkohlestrom. Er ist daher deutlich teurer und muss durch Subventionen

verbilligt werden. Wann platzt diese utopische Politik?

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-Industry-902e3bee9f2bd50f

Steffen Kotré: Ideologische Energiewende beenden! - AfD-Fraktion im Bundestag
30. November 2018 | Zitat aus dem Entwurf des AfD-Europawahlprogrammes 2019 - Stand 7.12.18
Ein breiter Energiemix aus Kohle, Mineralöl, Erdgas und Kernkraft ist unabdingbare Voraussetzung zum Erreichen des Zieldreiecks einer versorgungssicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energiepolitik. Braunkohle ist der einzige kostengünstige und langfristig verfügbare inländische Energieträger von Bedeutung. Die EU und die Bundesregierung bereiten mit Hilfe der CO2 Zertifikate Politik und über eine Besetzung der deutschen Kohlekommission mit Fachfremden und Ideologen den Kohleausstieg vor. Nach dem Abschalten der Kernkraftwerke wäre dies das Ende einer sozial orientierten und wettbewerbsfähigen Energieversorgung in Deutschland.
www.youtube.com/watch?v=3OCDtXjtzAg

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

